



Nr. 102. Mittag-Ausgabe.

Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 2. März 1875.

Deutschland. Landtags-Verhandlungen.*)

21. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 1. März.)
Präsident von Bemmigk eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. Am Minister-Tisch: Handelsminister Dr. Achenbach, Geh. Ober-Finanzrat Meinicke.

Tages-Ordnung: 1. Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abtretung der Preußischen Bank an das Reich und die Errichtung von Anstalten derselben in außerpriußischen Theilen des Reichs. — Derselbe lautet: „§ 1: Die Staatsregierung ist ermächtigt, wegen Abtretung der Preußischen Bank an das Deutsche Reich mit dem Reichskanzler auf folgenden Grundlagen einen Vertrag abzuschließen. 1) Preußen tritt nach Zurückziehung seines Einfluß-Capitals von 1,906 800 Thalern, sowie der ihm zufliehenden Hälften des Reservestonds die Preußische Bank mit allen ihren Rechten und Verpflichtungen mit dem 1. Januar 1876 unter den nachstehend Bifser 2 bis 6 bezeichneten Bedingungen an das Reich ab. Das Reich wird diese Bank an die zu errichtende Reichsbank übertragen. 2) Preußen empfängt für Abtretung der Bank eine Entschädigung von fünfzehn Millionen Mark, welche aus den Mitteln der Reichsbank zu decken ist. 3) Den bisherigen Anteilseignern der Preußischen Bank wird die Befugnis vorbehalten, gegen Verlust auf alle ihnen durch die Bankantheiltheile verbliebenen Rechte zu Gunsten der Reichsbank den Umtausch dieser Urkunden gegen Anteilscheine der Reichsbank von gleichem Nominalbetrage zu verlangen.“

4. Die Reichsbank hat denjenigen Anteilseignern, welche nach den Bestimmungen der §§ 16 und 19 der Bankordnung vom 5. October 1846 (preußische Gesetzmüllung, Seite 435) die Herauszahlung des eingeschlossenen Kapitals und ihres Anteils an den Reservestonds der Preußischen Bank verlangen, diese Zahlung zu leisten. 5. Die Reichsbank wird zur Erfüllung der von der Preußischen Bank durch den Vertrag vom 28. und 31. Januar 1856 hinsichtlich der Staatsanleihe von sechzehn Millionen fünfhundert acht und neunzigtausend Thalern übernommenen Verbindlichkeit an Preußen für die Jahre 1876 bis einschließlich 1925 jährlich 621,910 Thaler in halbjährlichen Raten zahlen. Wird die Concession der Reichsbank nicht verlängert, so wird das Reich dafür sorgen, daß, so lange keine andere Bank in diese Verpflichtung eintritt, die Rente bis zu dem eben gedachten Zeitpunkte der preußischen Staatskasse unverkürzt zustehen. 6. Eine Auseinandersetzung zwischen Preußen und der Reichsbank wegen der Grundstüde der Preußischen Bank bleibt vorbehalten. — § 2. Die Preußische Bank ist ermächtigt, in dem gesammten außerpriußischen Gebiete des deutschen Reichs an dagegenliegenden Orten mit Zustimmung der betreffenden Landesregierungen Comptore, Commanditen und Agenturen zu errichten und derselbst nach Maßgabe der Bestimmungen der Bankordnung vom 5. October 1846 Bankgeschäfte zu betreiben.“

Der Finanzminister und der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten werden mit Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. — Gegeben 2.

Abg. Parissius findet in der unter Nr. 6 des § 1 enthaltenen Bestimmung und den Motiven einige Unklarheit, da die lechteren die Deutung zu liefern, als ob die Bantanteilseigner bei der späteren Auseinandersetzung noch etwas herauszuholen hätten. Seiner Ansicht steht dieses aber sowohl mit der Bankordnung, als auch mit den Erläuterungen, die der Bankpräsident in der Bankcommission abgegeben, in Widerspruch, so daß es notwendig sein werde, falls nicht eine Klarstellung erfolgen sollte, das Gesetz durch eine daraus bezügliche Zusatzbestimmung zu erläutern.

Abg. Dr. Hammacher erklärt, daß er und seine politischen Freunde für das Gesetz stimmen würden, denn das Haus stände hier vor einem fertigen Werk, das ohne Schädigung wichtiger Interessen nicht mehr geändert werden könne. Er, Redner, halte es indeß für nothwendig, darüber eine Erklärung zu erbitten, ob die preußischen Staatskassen verpflichtet sind, die Reichsbanknoten anzunehmen, ob die Reichsbank zur Annahme von Depots rechtlich verpflichtet ist und ob die bei der preußischen Bank angestellten Beamten, die doch preußische Staatsbeamte sind, gezwungen werden können, in den Reichsdienst einzutreten.

Handelsminister Dr. Achenbach erklärt zunächst in Bezug auf die von dem Abg. Parissius erhobenen Bedenken, daß derselbe dabei von Voraussetzungen ausgegangen, die nach allen Seiten nicht vollständig begründet seien. Der bilanzmäßige Wert der Grundstüde der preußischen Bank werde sich am Schluß des laufenden Jahres auf 4,075,370 Thaler herausstellen. Dem gegenüber seien nun Ermittelungen darüber ange stellt, ob dieser bilanzmäßige Wert in der That dem wirklichen Werthe der Grundstüde entspricht. Sollte derselbe sich als höher herausstellen, so sei nicht mehr als billig, das Plus zwischen dem preußischen Staat und den Anteilseignern zu Verfügung zu bringen. Was die übrigen Anfragen anlange, so stehe die Regierung mit der Aussöhnung des Vorredners in Übereinstimmung. Die Regierung gebe davon aus, daß die preußischen Staatskassen nicht verpflichtet seien, die Banknoten, und ebenso sei eine rechtliche Verpflichtung für die Reichsbank zur Annahme von Depots nicht vorhanden. In Betracht der Beamten gebe die Regierung davon aus, daß die Beamten in den Reichsdienst überzutreten haben. Die Frage wegen einer etwaigen Weigerung einzelner Beamten, aus dem preußischen Staatsdienst auszuscheiden, sei indeß bisher noch nicht in Erörterung gezogen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abgg. Lipke, v. Kardorff und Miquel, die sich sämmtlich für unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs aussprechen, wird die erste Berathung geschlossen.

Die zweite Berathung wird ebenfalls im Plenum des Hauses stattfinden. Es folgt:

II. Fortsetzung der Budgetberathung.
a. Berathung für Handel, Gewerbe und Bauwesen.

Zu Capitel 9 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben (I. Allgemeine Bauverwaltung. Zum Bau von Straßen, Brücken, Dienstwohnungen) beantragen:

1) Abg. Berger: Die Staatsregierung aufzufordern, Staatseisenbahnen über größere Strome in einer auch zur Aufnahme des Fuhrwerks- und Fußgängerverkehrs geeigneten Weise herzustellen.

2) Abg. Dr. Hammacher: a. Die Staatsregierung aufzufordern, bei der Feststellung der Baupläne für Eisenbahnbrücken über Flüsse in dem Falle, daß ein den Mehrosten aufwand rechtfertigendes Bedürfnis vorhanden ist, dafür Sorge zu tragen, daß das Bauwerk auch für den Fußgänger- und Fuhrwerksverkehr benutzt werden kann; b. gleichzeitig aber auszuprächen, daß durch vorstehenden Beschluss der Frage, ob und nach welchen Grundsätzen die Eisenbahnumunternehmen bezüglich der hierdurch für sie erwachsenden Nebrausgaben durch die Localinteressenten oder den Staat zu entschädigen sind, nicht vorgegriffen werden soll.

In der längeren Discussion über diese Anträge macht zunächst Abg. Berger auf die großen Uebelstände aufmerksam, die bei den meisten Eisenbahnbrücken für den Privatverkehr sich herausgestellt, deren Abhülle sein Antrag beweise. — Abg. Wagner (Pr. Stargard) bemängelt namentlich die geringe Breite der Eisenbahnbrücke bei Dirschau, die bei dem großen Eisenbahnverkehr fast jeden Fuhrwerksverkehr ausschließe. Redner glaubt, daß diesem Uebelstande durch Herstellung einer Schiffbrücke leicht abgeholfen werden könne. — Reg.-Commissar, Ministerialdirektor Weißhaupt bittet um Ablehnung des Antrages Berger, der in seiner Allgemeinheit ganz unannehmbar sei. Was dagegen den Antrag des Abg. Hammacher anlange, so gebe derselbe allerdings noch weiter, als der Berger'sche Antrag, aber die Regierung könne sich mit der Tendenz desselben einverstanden erklären und wolle daher dessen Annahme nicht widersprechen.

Abg. v. Benda bittet um Ablehnung beider Anträge, während Abg. Berger nochmals die Annahme seines Antrages dringend befürwortet.

Nachdem sodann noch der Handelsminister die Ablehnung des Berger'schen Antrages, der als Regel den Grundtag aufstelle: daß in allen Fällen ohne Rücksicht auf das vorhandene Bedürfnis die Eisenbahnbrücken des Staates auch zur Aufnahme des Fuhrwerks- und Fußgänger-Verkehrs herzustellen sind,

empfohlen, werden beide Anträge der Budget-Commission zur Vorberathung überwiesen.

Bei der Position zur Herstellung einer zweiten Aufsicht zum National-Denkmal auf dem Kreuzberg und gartenartiger Anlagen vor demselben, 1. Rate 135,000 M., deren Bewilligung die Budget-Commission beantragt, bringt Abg. Dunder nochmals die durch den Bauplan hervorgerufenen Uebelstände, namentlich auch in Bezug auf das National-Denkmal zur Sprache. Die gegenwärtig geforderte Summe wolle er gern bewilligen, zu bedauern sei nur, daß das Denkmal bereits fast vollständig umbaut sei.

Die Position wird bewilligt.

Den Titel 66 (zur Herstellung einer Dienstwohnung für den Regierungs-Präsidenten und Erweiterung der Geschäftsräume für die Regierung in Danzig 120,000 M.) beantragt die Budget-Commission zu streichen.

Abg. Riedert, welcher diesen Antrag befürwortet, führt aus, daß die Commission bei ihrem Beschlüsse davon ausgegangen sei, daß die Frage, ob Danzig der Sitz der Regierung bleiben werde, in diesem Augenblick noch nicht definitiv entschieden werden könne und es sich daher nicht empfehle, solche bezeichneten Bauten schon jetzt auszuführen.

Der Regierungs-Commissar, Geh. Rath Hoffmann, bittet dem gegenüber um Bewilligung der geforderten Position, die er mit dem allseitig anerkannten Bedürfnis rechtfertigt. Bei der Bedeutung der Stadt Danzig könne übrigens darüber kein Zweifel bestehen, daß dieselbe nach wie vor Sitz von bedeutenden Verwaltungsbehörden bleiben werde.

Abg. v. Benda spricht ebenfalls für Bewilligung der Position, während Abg. Lipke sich gegen dieselbe erklärt. Wenn sich der Regierungs-Präsident so lange ohne Dienstwohnung befinden, so könne er auch noch so lange warten, bis die Organisation feststehe. Andererseits halte er es für den Staat keineswegs vorbehaltlos, zur Errichtung einer Präsidentenwohnung eine hohe Summe zu verwenden, die mit den Mietpreisen in Danzig in gar keinem Verhältnisse stehe.

Regierungs-Commissar Hoffmann tritt der letzteren Ausführung entschieden entgegen. Man könne den Präsidenten nicht von den Chancen wechselnder Mietverhältnisse abhängig machen und deshalb könne man auch nicht diese Frage von dem Standpunkt des Vorredners entscheiden. — Abg. Wagner (Pr. Stargard) empfiehlt ebenfalls dringend die Bewilligung der Position, die jedoch bei der Abstimmung vom Hause abgelehnt wird.

Bei Titel 68 (zur Errichtung eines Gebäudes an Stelle der Berschen-Mühlen in Berlin für Zwecke der Bauakademie, 2. Rate 30,000 Mark) bestimmt die Regierung die entsprechenden Befreiungen, die der Regierung in Danzig zu verleihen. Es wünscht, daß der Bau, der noch nicht begonnen, in einer Weise zur Ausführung gelange, daß der Herstellung einer Uferstraße an der Schloßfreiheit dadurch kein Hindernis bereitet werde.

Regierungs-Commissar MacLean führt aus, daß der Bau entsprechend den in der Nähe befindlichen Staats- und Privatgebäuden zur Ausführung gelangen werde. Was den Umbau der Schloßfreiheit anlange, so seien so verchiedene Projekte der Regierung unterbreitet worden, daß sich die letztere unmöglich auf alle dieselben einlassen könne.

Abg. Leibelt ist der Ansicht, daß es sich bei dieser Position um ein vollständig verändertes Projekt handele, als im vorigen Jahre dem Hause vorgelegen habe. Er beantragt deshalb, diese Position so lange abzuschieben, bis ein einheitlicher Plan über die verschiedenen, in Berlin zu errichtenden Gebäude der Wissenschaft und Technik, dem Hause vorliege.

Handelsminister Dr. Achenbach erwidert, daß von einer Abänderung des vorjährigen Projekts nur insofern die Rede sein könne, als die Baufluchtlinie eine andere geworden sei und dadurch eine Verminderung der Räume stattgefunden habe. Von einer Verlegung der Hörsäle der Akademie sei niemals die Rede gewesen.

Die Position wird hiermit mit großer Majorität genehmigt.

Bei Titel 76 (zum Neubau eines Gebäudes für die Gewerbe-Akademie in Berlin, 2. Rate, 450,000 M.), deren Bewilligung die Budget-Commission durch ihren Referenten, Abg. Riedert, empfiehlt, obgleich, wie Referent bemerkt, die Verhandlungen wegen Erwerbung der Grundstüde zum Bau dieses Gebäudes noch nicht abgeschlossen sind.

Abg. Weber (Leipzig): Das Bedürfnis zur Errichtung eines neuen Gewerbe-Akademie-Gebäudes werde wohl von keiner Seite mehr bestritten werden, denn es existirten in dem alten Gebäude bereits Räume, für welche die Regierung die Verantwortung ferner schwerlich werde übernehmen wollen. Er halte es übrigens für kaum sachgemäße Ausführung des Staats, daß, nachdem Gelder jahrelang bereits bewilligt sind, nun die Erklärung abgegeben werde, daß noch einmal ein zweidimensionärer Bauplatz gefunden sei. Man habe auch ursprünglich eine Verbindung des Baues des Gewerbe-Museums mit der Gewerbe-Akademie im Auge gehabt, jetzt sei aber von dem Bau des ersten gar keine Rede mehr. Er halte den jetzt in Aussicht genommenen Platz in der Königgräßerstraße keineswegs für geeignet zur Errichtung der Akademie, glaube vielmehr, daß es sich empfehle, dasselbe nach einer industriellen Gegend zu verlegen, und deshalb halte er es für nothwendig, die Sache nochmals in die Budgetcommission zu verweisen.

Handelsminister Dr. Achenbach weiß die der Regierung gemachten Vorwürfe zurück, da die Ausführung des Baues, der ursprünglich an derselben Stelle projectirt gewesen, durch den bekannten Beschluß des Reichstages wegen Errichtung des Reichstagsgebäudes, ohne Verhulden der Regierung inhibiert werden mußte. Was die Errichtung eines Gebäudes für das Gewerbe-Museum anlange, so werde die Regierung unausgesetzt bemüht sein, diese Aufgabe zu lösen, das Bedürfnis für dasselbe sei indeß kein so dringendes, da die Räume in dem Gebäude der Porzellanmanufaktur für das Museum wenigstens interimistisch ausreichen.

Abg. Dr. Birchow ist nicht der Ansicht des Ministers, daß die gegenwärtig vom Gewerbe-Museum benötigte Räume dem Zwecke auch nur annähernd entsprechen, da sich derselbe nach keiner Seite hin entwideln könne. Er verstehe es deshalb auch nicht, daß, während man vor drei Jahren die Nothwendigkeit des Baues ausdrücklich anerkannte, heute die Hinausschiebung des Baues auf Jahre hinaus befehle. Es gehe doch ganz unmöglich ohne daß etwas geschehe, daß man so wichtige Dinge vom Budget freit und etwas anderes an seine Stelle setzt. Es scheine übrigens, als wenn die Regierung ganz planlos versfahren sei und sich bei dem früheren Projecte überflüsst habe. Den Platz in der Königgräßerstraße halte er keineswegs für zweidimensional, die Gewerbe-Akademie müsse mehr im Herzen der Stadt liegen. Er halte es deshalb für nothwendig, daß die Frage einer nochmaligen Prüfung in der Commission unterzogen werde, da dann jedenfalls andere Beschlüsse sich aus derselben ergeben würden. Redner beantragt deshalb, den Titel 76 an die Budgetcommission zur nochmaligen Prüfung zurückzugeben und das Prädium zu ersuchen, die Frage wegen der Gewerbe-Akademie im Auge zu behalten.

Um 5 Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften zum Familien-Dinner zu Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Carl statt. — Den Kammerherrndienst bei Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin übernehmen die Königlichen Kammerherrn v. Frankenberg und Ries von Scheurzschloß.

[Seine Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern in der 9. Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend. — Gestern wohnte Ihre Majestät dem Gottesdienst in der Matthäuskirche bei. Beide Majestäten ließen sich, wie alljährlich, durch den Branddirektor Scabell die Mannschaften der Feuerwehr vorstellen, welche sich im Laufe des Jahres durch persönliche Leistungen der Gefahr ausgesetzt und Prämien erhalten haben. — Das Familindiner fand bei Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Carl statt. — Den Kammerherrndienst bei Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin übernehmen die Königlichen Kammerherrn v. Frankenberg und Ries von Scheurzschloß.

[Seine Majestät die Kaiserin-Königin] nahm am Sonnabend um 11½ Uhr Vormittags militärische Meldungen entgegen und empfing um 12 Uhr den Dr. Andreas.

Abernd von 7 Uhr ab wohnten die höchsten Herrschaften der italienischen Oper im Schauspielhause bei.

Gestern Vormittag um 11½ Uhr erhielt Se. Kaiserliche Hoheit dem Gymnasial-Director Tauscher aus Zeit eine Audienz und besuchte dann die Matinée im Opernhaus.

Um 5 Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften zum Familien-Dinner zu Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Carl. (R.-A.)

+ Berlin, 1. März. [Pensionierung der Beamten-Wittwen.] In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. d. M. hat der Abgeordnete Grünhagen das Staatsministerium wegen Übernahme der Beamten-Wittwen-Pension auf Staatskonto interpellirt, ist aber von dem Regierungs-Commissarius Geh. Rath Hoffmann dafür beschieden worden, daß hierzulande mindestens eine Million Thaler erforderlich seien und der Staatshaushalt-Stat zur Zeit eine solche Belastung nicht zu ertragen vermöge. Letzteres ist um so bedauerlicher, als sowohl die Beamten wie deren Wittwen seit längerer Zeit auf diese Übernahme um so bestimmter gerechnet hatten, als die hierzu in den Ministerien getroffenen Vorbereitungen, ja sogar der Wortlaut des beigefügten Gesetzentwurfs den Beteiligten nicht unbekannt geblieben sind. Bei dem von Jahr zu Jahr steigenden Steuereinnahmen — sind doch einzelne Steuergewinne in dem letzten Decennium um viele Millionen Thaler gestiegen — fällt es schwer, daran zu glauben, daß die hierzulande als kaum nennenswert zu bezeichnende Summe von einer Million Thaler für den großen gesamtmittelstaatlichen Staat zur Pensionierung seiner Beamten-Wittwen nicht verfügbar zu machen sein sollte, wenn der ernstliche Wille hierzu vorhanden wäre. Die Zahlung der Wittwenkassen-Beiträge fällt schon im Allgemeinen dem Beamten schwer, besonders aber dann, wenn diese Zahlung in dem Ruhestand übertrückt, wo sich der Beamte nicht mit der Hälfte seines früheren Einkommens begnügen muß. In vielen Fällen, z. B. wenn die Frau eher stirbt, als der Mann, hat Letzterer den Beitrag vielleicht 30 bis 40 Jahre lang ohne jeden Nutzen für sich und die Seinen gezahlt; ebenso kann es geschehen, daß ein Beamter, der für seine erste Gattin die Wittwenkassen-Beiträge eine lange Reihe von Jahren entrichtet hat, durch den Tod derselben aber in die Lage gebracht wird, noch nach dem zurückgelegten 60. Lebensjahr zum zweiten Male heiraten zu müssen, und hat dieser dann nicht nur die Beiträge für seine erste Gattin vollständig umsonst gezahlt, sondern er kann auch nach den Bestimmungen des Wittwen-Pensions-Reglements seine zweite Frau in die Wittwen-Kasse nicht mehr einkaufen, da diesesrecht mit der Vollsiedlung des lebensfähigen Lebensjahres erlischt.

Alle diese Unzuträglichkeiten würden vermieden werden, wenn der Staat die Pensionierung der Wittwen — zu der er jedenfalls moralisch schon um deshalb verpflichtet ist, weil die Beamten-Gehälter auch nach der Aufbesserung derselben in den letzten Jahren nicht so bemessen sind, um Einsparung für die Hinterbliebenen machen zu können — übernehmen würde und die Höhe der Pension, wie dies in der Absicht lag, auf den fünften Theil des letzten Gehaltes des verstorbenen Mannes normirte. — Wir können uns noch immer nicht der Hoffnung entzugsen, daß dieses Projekt in nicht allzulanger Zeit dennoch zur Ausführung gelangt und möglichen unerheblichen Verzögerungen zu lassen, der Regierung diese ihre moralische Verpflichtung immer wieder aufs Neue in das Gedächtnis zurückzurufen.

[Der Staatsminister und Präsident des Reichskanzler-Amtes Dr. Delbrück] hat am heutigen Tage eine mehrwöchentliche Urlaubsreise nach Italien angetreten. Während der Dauer seiner Abwesenheit wird derselbe im Reichskanzler-Amte vertreten: in Post- und Telegraphen-Angelegenheiten durch den General-Post-Director Dr. Stephan, in den zum Geschäftsbereiche der Central-Abteilung gehörigen Angelegenheiten durch den wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Reichskanzler-Amtes-Director Eck, in An-

* Unsere gewöhnliche O. C. Corresp. ist heute ausgeblichen; wir geben deshalb die Verhandlungen nach der „Deutschen Reichscorr.“ D. Red.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen

gelebten von Elsaß-Lothringen durch den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Reichskanzler-Amts-Director Herzog, in Reichs-Justiz-Angelegenheiten durch den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Reichskanzler-Amts-Director von Amsberg.

Aus Mecklenburg, 28. Februar. [Die ritterschaftlichen Mitglieder der Verfassungs-Commission] haben den seit den zweipältigen Beschlüssen vom 16. d. M. eingetretenen Stillstand der Sache benutzt, um den grundlegenden Paragraphen der Regierungs-Vorlage ein Project gegenüberzustellen, wie sie es für annehmbar halten. Die Verfassungs-Commission brachte diesen Abänderungs-Antrag in das Plenum. Die ritterschaftliche Verfassungs-Vorlage hat folgenden Inhalt: § 1. Fortbestand von Ritter- und Landschaft in ihrer ganzen inneren und äußeren Organisation. § 2. Für die Bevölkerungen von Ritter- und Landschaft bleibt das Votum-Stimmrecht und die Ito in partes. § 3. Die Zustimmung von Ritter- und Landschaft ist erforderlich bei der Steuergesetzgebung und bei Verfassungs-Veränderungen. § 4. Außerdem besteht für die gesamte Gesetzgebung ein Abgeordnetenhaus aus Abgeordneten der Ritterschaft, der Landschaft, der Stadtvertretungen und der Landgemeinden. Die §§ 5 bis 7 enthalten Bestimmungen über die Organisation der Stadtvertretungen und der Landgemeinden; ferner über die Reservation der Klöster für Ritter- und Landschaft, beziehungswise die berechtigten Mitglieder u. s. w. § 9. Das Abgeordnetenhaus besteht aus 117 Mitgliedern, davon 90 aus Mecklenburg-Schwerin, und zwar 40 aus der Ritterschaft, 18 aus der Landschaft, 13 aus den Stadtvertretungen, 25 aus den Landgemeinden; auf Mecklenburg-Strelitz kommen 21 Abgeordnete, 9 aus der Ritterschaft, 4 aus der Landschaft, 3 aus den Stadtvertretungen, 5 aus den Landgemeinden. Eine Ito in partes findet im Abgeordnetenhaus nicht statt. Sämtliche landschaftliche Commissions-Mitglieder erblicken in diesem Vorschlag eine Ablehnung der Regierungsvorlage in unerwartet verschärfter Weise und lehnen die Beratung ab unter Bezugnahme auf die landshaftliche Erklärung vom 24. Februar 1874. (Rost. Ztg.)

+ Dresden, 1. März. [Vom Hofe. — Die Entschädigung der evangelischen Geistlichen. — Unlust des evangelischen Landesconsistoriums zu Reformen. — Leipziger Stadtverordnetenwahlen. — Vereinsleben.] Die Ernennung des in Rom in Vorschlag gebrachten Hofkaplans und Präses des katholischen Landesconsistoriums, Bernert, zum Landeskloster läuft noch immer auf sich warten. Vor gestern vollzog derselbe die Taufe des Prinzen Albert, des jüngsten Sohnes des Prinzen Georg. — Die Angelegenheit der Entschädigung der evangelischen Geistlichen für die mit der Einführung der bürgerlichen Geschlechterung in Wegfall kommenden Stolzgebühren beschäftigt jetzt das Cultusministerium, das Landesconsistorium, sowie natürlich die gesamte evangelische Geistlichkeit. Es werden Erhebungen über den sechsjährigen Durchschnittsvertrag der Nebengebühren in jeder Pfarrei gepflogen, um darnach die Entschädigung zu bemessen. Ob dieselbe vom Staat oder von der Gemeinde geleistet werden soll und ob und wann der Landtag und das Landesconsistorium in dieser Gelbangelegenheit einberufen werden wird, scheint noch nicht festzustehen. — Neueren Erfahrungen zufolge ist unser evangelisches Landesconsistorium durchaus nicht geneigt, die Wege der Reform zu wandeln. Es hat dem Verlangen nach Aufhebung oder Verlegung der überflüssigen Festtage, des hohen Neujahrs, eines Fußtages und des Reformationsfestes so wenig entsprochen, daß es gerade jetzt auf diese Tage die Sammlungen für die innere Mission und für die Heidemission, sowie für den Gustav-Adolf-Verein verlegt hat. Nur in Betreff der Anordnung des Fastengottesdienstes auf dem Lande ist insofern ein kleiner Fortschritt bemerkbar, als derselbe fortan dem Schulunterricht nicht mehr als eine Stunde entziehen darf. — Bei den jüngsten Stadtverordnetenwahlen in Leipzig haben die Socialdemokraten, wie schon öfter in Wahlausgelegenheiten dasselb, einen überraschend geringen Erfolg aufzuweisen gehabt. — Die Wahlen sind fast durchgängig im nationalliberalen Sinne ausgefallen und sind u. a. Prof. Dr. Biedermann und Rechtsanwalt Dr. Hansblum gewählt worden. — Das „Katholische Volksblatt aus Sachsen“ war wiederholt die katholischen Arbeiter anderen Vereinen als den katholischen Gesellenvereinen beizutreten, die hier zu Lande wie anderswo von Geistlichen gelehrt werden. — Am 25. v. M. feierte der hiesige Fortschrittsverein seine erste Jahresversammlung, bei welcher der Vorsitzende, Adv. Emil Lehmann, auf eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder hinweisen konnte. Reichstags-Abgeordneter Stadtrath Dr. Minckwitz stellte einen Bericht über das Verhalten der Fortschrittspartei im Reichstage und Justizrat Dr. Schaffrath, Präsident der zweiten Kammer, einen solchen über das Verhalten derselben im Landtage ab.

Tübingen, 1. März. [v. Luschka +.] Der Professor der Anatomie, an der hiesigen Universität v. Luschka ist heute gestorben.

Sigmaringen, 28. Februar. [Die hiesige Regierung] thut energisch das Thürige, um den Staatsgesetzen Gehorsam und Ausführung zu sichern. Neuerdings ist der Bürgermeister Fidelis Beck in Bärenthal seines Amtes entsezt worden, weil er in Berufung auf sein „katholisches Gewissen“ sich weigerte, den ungesehlytlich fungirenden Pfarrverweser Stopper aus dem Pfarrhause zu entfernen. Dieser Fall wird hoffentlich anderen renitenten Beamten zu heilsamer Warnung dienen.

Franreich.

Paris, 28. Februar. [Die Cabinetskrise. — Stimmen der Presse. — Buffet. — Cadresgesetz. — Savary's Brief. — Trauung.] Die Cabinetskrise macht den politischen Kreisen und der Presse viel zu schaffen. Der neuen Verfassung ist die öffentliche Meinung bisher nicht froh geworden; man hat das Gefühl, daß es von der Zusammenziehung des künftigen Ministeriums abhängen wird ob die Lage sich wirklich verbessert. „Die Zeit drängt“, sagt der conservative „Moniteur“. Von einem Tage zum anderen kann sich eine mächtige Strömung bilden, welche nur den Impuls der Gewalt erwartet. Wenn man zugibt, daß die Situation sich verschleppt, wenn man sie nicht sofort beherrscht, ist zu fürchten, daß die Conservativen auf dem Gebiete der Republik die Bürgschaften verlieren, welche sie sich vorbehalten hatten, und die bonapartistische Partei selber wird sich bald von der Niederlage, die sie am 25. Februar erlitten hatte, erholen. Wenn man binnen acht Tagen nicht im Lande die Hand der Behörde fühlt, wenn die Nation nicht fühlt, daß man in einer bestimmten Richtung steuert, so wird Frankreich eine Verfassung mehr haben, aber wie vor einem Monat wird es am Nothwendigsten, an einer Regierung fehlen.“ Der „Moniteur“ glaubt, daß man der bekannten offiziellen Note von vorgestern eine falsche Bedeutung beigelegt hat. Es ist ganz natürlich, meint er, daß der Marshall Mac Mahon durch seine jetzige Stellung an der Spitze einer legalen Republik und durch seine Vergangenheit veranlaßt werden mußte, die Unruhe der Conservativen zu beschwichtigen. Die Republikaner haben also Unrecht, ihm zu misstrauen. Das letzte Mittel, die Dauer der Republik zu sichern, ist offenbar, daß man die Conservativen für dieselbe gewinnt, und je mehr Erfolg die Regierung des Marschalls nach dieser Seite hat, um so besser ist es für die Republik.“ Auf der anderen Seite nimmt auch die „Republique Francaise“ abermals diese

Note auf besondere Art in Schuß: „Sie darf nicht als ein ministerielles Programm betrachtet werden. Der Präsident der Republik hat seinen künftigen Ministern kein Programm vorzulegen. Nach dem System der neuen Verfassung hat er seine persönlichen Ansichten nicht geltend zu machen. Dies ist die unmittelbare Folge des Artikels, welcher bestimmt, daß er nur mehr im Falle des Hochverrats verantwortlich ist, also niemals, da wir es mit einem Manne wie Herrn de Mac Mahon zu thun haben. Es folgt daraus, daß der Führer des Cabinets, der Premier-Minister, die Hände vollkommen frei haben muß. Wenn, wie die Presse behauptet, Herr Buffet einen gewissen Widerwillen empfindet, die Leitung der Staatsangelegenheiten zu übernehmen, weil er die ganze Verantwortlichkeit für die Wahl seiner Collegen und für seine Handlungen behalten will, so können wir ihn nur zu seiner klaren Erkenntnis des großen Umschwungs, der sich vollzogen hat, beglückwünschen; und da er diesen Umschwung so gut begreift, so würden wir bedauern, wenn er die Leitung nicht annähme.“ Der „Temps“ spricht dringend den Wunsch aus, Buffet von seiner ersten Weigerung zurückkommen zu sehen. „Der Präsident der Republik, die Nationalversammlung, das ganze Land bedürfen seines thätigen Beistandes unter den jetzigen Verhältnissen. Es sind gewisse Intrigen im Gange, um die gemäßigtesten Männer der republikanischen Partei von der Leitung der Geschäfte auszuschließen und das Ministerium vom 24. Mai wiederherzustellen. Ein Cabinet dieser Art würde ohne Zweifel beim ersten Votum zusammenbrechen; aber man thut besser, der neuen Mehrheit die Mühe, es umzustossen, zu erpressen und sofort ein Ministerium zu bilden, welches leben kann. Niemand ist mehr als Herr Buffet zur Erfüllung dieser Aufgabe geeignet.“ Desgleichen die „Debats“: „Herr Buffet hat nicht das Recht, die ihm zugedachte Sendung abzulehnen. Wir achten den großen Schmerz, der ihm betroffen hat; aber neben der Familie erstickt Frankreich, gegen welches Herr Buffet Verschüttungen eingegangen ist, deren Erfüllung er nicht verzögern kann.“ Wie man sieht, bleibt Buffet der Mann des Tages. Inzwischen erfährt man noch nicht mit Bestimmtheit, wozu er sich entschlossen hat. Die einen behaupten zuversichtlich, daß er ablehnt, die Anderen, daß er annimmt. Für das letztere ist jetzt wieder die größere Wahrscheinlichkeit vorhanden, wenn man seinen Freunden glaubt. Fest steht nur, daß bis zum gestrigen Abend keine zusagende Antwort in den Präsidentenschaft eingelaufen war. Unter solchen Umständen bleibt die Stimmenzahl höchst ungewiß. Die Vertreter der drei republikanischen Gruppen, welche sich gestern Abend bei Jules Simon versammelten, haben daher in Betreff der ministeriellen Fragen keine Beschlüsse fassen können; sie waren nur einstimmig darin, daß man jedes Cabinet bekämpfen müsse, welches nicht eine unzweifelhaft antimonarhistische Färbung habe. Es ist noch fraglich, ob die Wahl der Kammer vorstünd morgen, Montag, stattfindet. Wenn Buffet nicht in das Cabinet tritt, werden alle Republikaner für ihn stimmen. Im anderen Falle wollen sie d'Autissier-Pasquier und sollte auch dieser dem Ministerium angehören, Dufaure zum Präsidenten wählen. Sie haben folgende Liste der Vicepräsidenten aufgestellt: de Kerdel von der Rechten, Bocher vom rechten Centrum, Martel vom linken Centrum und Duclerc von der Linken. In einer der ersten Sitzungen wird die Linke die Forderung stellen, daß man die neue Verfassung in allen Gemeinden Frankreichs durch öffentliche Anschläge verkündige. Verschiedene Blätter berichten sich darüber, daß die zurückgetretenen Minister Missbrauch mit ihren Amtsbefugnissen treiben, indem sie den Präfecten u. s. w. Nachrichten über die Anwendung der neuen Verfassung geben, was naturgemäß ihren Nachfolgern überlassen bleiben müste. Zu derartigen Gerüchten hat vermutlich ein Rundschreiben Veranlassung gegeben, welches der Minister des Innern sofort nach dem Verfassungsvotum an die Verwaltung versandte. Das Rundschreiben enthält schon den vollständigen Text der Note, welche Tags darauf im Amtsblatt erschien. — Der Kriegsminister de Cissey wird in der beginnenden Woche die Kammer auffordern, die dritte Lesung des Cadresgesetzes anzunehmen. — Die Bonapartisten fahren fort, gegen den Savary'schen Bericht zu eifern. Sie wissen denselben nicht besser zu bekämpfen, als indem sie Savary als einen Feigling halten und ihm die albernsten und gehässigsten Herausforderungen zuhleudern. Sie machen dadurch freilich ihre Sache nicht besser. Ein imperialistisches Blatt glaubt ein gelungenes Argument gegen den Polizeipräfekten Renault gefunden zu haben. „Wie, ruft es, Sie haben eine solche Aussage abgegeben, Sie haben die kaiserliche Partei des Complots gegen die Sicherheit des Staates beschuldigt, und Sie haben die Schuldigen nicht auf frischer That gefaßt, als es Zeit war!“ Unglücklicherweise weiß alle Welt, daß es nicht Renaults Schuld war, wenn die Bonapartisten nicht vor einem Jahre gefaßt worden sind, und daß er es an Vorstellungen bei den Ministern nicht fehlen ließ. — In der Capelle der Sorbonne, neben dem Grabe Michelius, fand gestern eine Trauung statt, welcher das ganze edle Faubourg-Saint-Germain bewohnte. Der letzte Abkömmling der Richelieu, der Marquis de Tumilac, verheirathete sich mit Fräulein Heine, einer Verwandten des deutschen Dichters! Der Duc de Richelieu und der Präfekt de Nadalhac waren die Zeugen des Bräutigams. Der Erzbischof von Paris vollzog die Trauung.

Note auf besondere Art in Schuß: „Sie darf nicht als ein ministerielles Programm betrachtet werden. Der Präsident der Republik hat seinen künftigen Ministern kein Programm vorzulegen. Nach dem System der neuen Verfassung hat er seine persönlichen Ansichten nicht geltend zu machen. Dies ist die unmittelbare Folge des Artikels, welcher bestimmt, daß er nur mehr im Falle des Hochverrats verantwortlich ist, also niemals, da wir es mit einem Manne wie Herrn de Mac Mahon zu thun haben. Es folgt daraus, daß der Führer des Cabinets, der Premier-Minister, die Hände vollkommen frei haben muß. Wenn, wie die Presse behauptet, Herr Buffet einen gewissen Widerwillen empfindet, die Leitung der Staatsangelegenheiten zu übernehmen, weil er die ganze Verantwortlichkeit für die Wahl seiner Collegen und für seine Handlungen behalten will, so können wir ihn nur zu seiner klaren Erkenntnis des großen Umschwungs, der sich vollzogen hat, beglückwünschen; und da er diesen Umschwung so gut begreift, so würden wir bedauern, wenn er die Leitung nicht annähme.“ Der „Temps“ spricht dringend den Wunsch aus, Buffet von seiner ersten Weigerung zurückkommen zu sehen. „Der Präsident der Republik, die Nationalversammlung, das ganze Land bedürfen seines thätigen Beistandes unter den jetzigen Verhältnissen. Es sind gewisse Intrigen im Gange, um die gemäßigtesten Männer der republikanischen Partei von der Leitung der Geschäfte auszuschließen und das Ministerium vom 24. Mai wiederherzustellen. Ein Cabinet dieser Art würde ohne Zweifel beim ersten Votum zusammenbrechen; aber man thut besser, der neuen Mehrheit die Mühe, es umzustossen, zu erpressen und sofort ein Ministerium zu bilden, welches leben kann. Niemand ist mehr als Herr Buffet zur Erfüllung dieser Aufgabe geeignet.“ Desgleichen die „Debats“: „Herr Buffet hat nicht das Recht, die ihm zugedachte Sendung abzulehnen. Wir achten den großen Schmerz, der ihm betroffen hat; aber neben der Familie erstickt Frankreich, gegen welches Herr Buffet Verschüttungen eingegangen ist, deren Erfüllung er nicht verzögern kann.“ Wie man sieht, bleibt Buffet der Mann des Tages. Inzwischen erfährt man noch nicht mit Bestimmtheit, wozu er sich entschlossen hat. Die einen behaupten zuversichtlich, daß er ablehnt, die Anderen, daß er annimmt. Für das letztere ist jetzt wieder die größere Wahrscheinlichkeit vorhanden, wenn man seinen Freunden glaubt. Fest steht nur, daß bis zum gestrigen Abend keine zusagende Antwort in den Präsidentenschaft eingelaufen war. Unter solchen Umständen bleibt die Stimmenzahl höchst ungewiß. Die Vertreter der drei republikanischen Gruppen, welche sich gestern Abend bei Jules Simon versammelten, haben daher in Betreff der ministeriellen Fragen keine Beschlüsse fassen können; sie waren nur einstimmig darin, daß man jedes Cabinet bekämpfen müsse, welches nicht eine unzweifelhaft antimonarhistische Färbung habe. Es ist noch fraglich, ob die Wahl der Kammer vorstünd morgen, Montag, stattfindet. Wenn Buffet nicht in das Cabinet tritt, werden alle Republikaner für ihn stimmen. Im anderen Falle wollen sie d'Autissier-Pasquier und sollte auch dieser dem Ministerium angehören, Dufaure zum Präsidenten wählen. Sie haben folgende Liste der Vicepräsidenten aufgestellt: de Kerdel von der Rechten, Bocher vom rechten Centrum, Martel vom linken Centrum und Duclerc von der Linken. In einer der ersten Sitzungen wird die Linke die Forderung stellen, daß man die neue Verfassung in allen Gemeinden Frankreichs durch öffentliche Anschlüsse verkündige. Verschiedene Blätter berichten sich darüber, daß die zurückgetretenen Minister Missbrauch mit ihren Amtsbefugnissen treiben, indem sie den Präfecten u. s. w. Nachrichten über die Anwendung der neuen Verfassung geben, was naturgemäß ihren Nachfolgern überlassen bleiben müste. Zu derartigen Gerüchten hat vermutlich ein Rundschreiben Veranlassung gegeben, welches der Minister des Innern sofort nach dem Verfassungsvotum an die Verwaltung versandte. Das Rundschreiben enthält schon den vollständigen Text der Note, welche Tags darauf im Amtsblatt erschien. — Der Kriegsminister de Cissey wird in der beginnenden Woche die Kammer auffordern, die dritte Lesung des Cadresgesetzes anzunehmen. — Die Bonapartisten fahren fort, gegen den Savary'schen Bericht zu eifern. Sie wissen denselben nicht besser zu bekämpfen, als indem sie Savary als einen Feigling halten und ihm die albernsten und gehässigsten Herausforderungen zuhleudern. Sie machen dadurch freilich ihre Sache nicht besser. Ein imperialistisches Blatt glaubt ein gelungenes Argument gegen den Polizeipräfekten Renault gefunden zu haben. „Wie, ruft es, Sie haben eine solche Aussage abgegeben, Sie haben die kaiserliche Partei des Complots gegen die Sicherheit des Staates beschuldigt, und Sie haben die Schuldigen nicht auf frischer That gefaßt, als es Zeit war!“ Unglücklicherweise weiß alle Welt, daß es nicht Renaults Schuld war, wenn die Bonapartisten nicht vor einem Jahre gefaßt worden sind, und daß er es an Vorstellungen bei den Ministern nicht fehlen ließ. — In der Capelle der Sorbonne, neben dem Grabe Michelius, fand gestern eine Trauung statt, welcher das ganze edle Faubourg-Saint-Germain bewohnte. Der letzte Abkömmling der Richelieu, der Marquis de Tumilac, verheirathete sich mit Fräulein Heine, einer Verwandten des deutschen Dichters! Der Duc de Richelieu und der Präfekt de Nadalhac waren die Zeugen des Bräutigams. Der Erzbischof von Paris vollzog die Trauung.

Hermann und Dorothea, dessen ergötzliche Scenen von den Darstellern zur allgemeinen Heiterkeit und Zufriedenheit ausgeführt wurden; besonders ist hier zu nennen der Herr Beneficiat als „Bäckerjunge August“, der durch gelungenes Spiel die Zuhörer zum Beifall hinführte. Der Schluckact: der Hochzeitstag der Mitgliedern machte den Übergang zum Ende des ganzen geselligen Abends, zum Tanze, der die jüngeren Mitglieder dann noch bis an den Morgen hinein erlebten.

— Breslau, 27. Februar. [Schlesischer Centralverein für Gärtnerei und Gartenfreunde.] In der zweiten diesjährigen Sitzung teilte der Vorsitzende, Obergärtner Streubel (Carolinus), zunächst den Wortlaut des Gesetzentwurfs: „Maßregeln gegen die Neblastranten“ mit. Die französische Regierung habe den Preis für ein einfaches und radikales Mittel zur Beseitigung der Nebel auf 300,000 Fr. erhöht. 163 Mittel seien bereits in Vorschlag gebracht, die Versuche jedoch noch nicht abgeschlossen. Die meiste Hoffnung auf ein Gelingen erweden diejenigen Mittel, welche innerhalb der Erde schädliche Gase entwickeln und dabei die Thiere, nicht aber die Pflanzen töten. Redner legte sodann den schon vielfach besprochenen und gefürchteten Kartoffel- oder Coloradosäfer vor. Gegen dessen Einschleppung sind seitens der Regierung bereits auch Schutzmaßregeln angeordnet worden. Der Käfer ist in Form und Größe einem Juni- oder Brachäfer ähnlich, hat einen gelbbrauen Halsschild mit schwarzen Punkten und gelbbraune, schwarznirte Flügeldecken. Herr Streubel legte ferner noch den Schmetterling einer Raupe vor, welche, unter dem Namen Erdraupe bekannt, besonders in trockenen Sommern viel Schaden anrichtet, so daß es voriges Jahr kaum möglich wurde, im Herbst Salat aufzubringen.

In der dritten diesjährigen Sitzung sprach Herr Streicher über die Gipsküdure bei alten Bäumen. Diese Erscheinung röhrt theils von ausgängtem, theils von nicht zufagendem Boden her. Begünstigt wurde die Gipsküdure durch die beiden letzten trocknen Sommer. Wer es ausführbar sei recht starles Gießen, zum Theil mit flüssigem Dünger, anzumachen. Zu diesem Zweck sind tiefe Löcher in die Erde zu graben, so daß das Wasser bis an die unteren Wurzeln dringt. — Der Vorsitzende, Obergärtner Streubel, hielt heraus einen Vortrag über die Vermehrung der Gehölze durch krautartige Stedlinke.“ Der für den Fachmann äußerst interessante und lehrreiche Vortrag wird im Wortlaut im Jahresbericht des Vereins erscheinen. Erwähnt sei hier nur Folgendes: Zur richtigen Zeit geschnitten, wachsen von den Gehölzen fast alle Sorten. Je schwerer eine Sorte wächst, desto früher ist die Zeit, in welcher die Stedlinke zu machen sind. Von Wichtigkeit ist ferner, das Welten und Beschädigen der Stedlinke durch Druck zu vermeiden. Redner zeigte sodann noch einige dem Gartenbau schädliche Insekten. — Zum Schluss sprach man über die Erscheinung, daß eine rauhartige Schicht die Blätter der Camellien besonders in Glashäusern haben diese Erscheinung am meisten aufzuweisen. Als Gegemittel wird trockene Luft und Hitze empfohlen.

** Breslau, 2. März. [Auf der Tagesordnung] für die nächste Sitzung der Stadtverordneten, Donnerstag, den 4. März, sind von den früheren Vollagen noch 2 wichtige zu bemerken, nämlich der Pfasterungs-Etat und das Pferde-Eisenbahn-Project. Von den neueren Vollagen erwähnen wir folgende:

1) Antrag auf Gründung einer Kaufmann Friedrich Wilhelm Hilbrandtschen Stiftungsstelle in der Bürger-Versorgungsanstalt. — Die betreffende Commission befürwortete die Zustimmung.

2) Antrag auf Bewilligung einer einmaligen außerordentlichen Unterstützung von je 2 Thlr. an die 40 Inquilinen des Hospitals zu St. Hieronymus. — Die betreffende Commission empfiehlt die Bewilligung.

3) Antrag auf Verstärkung der Titel VII. Pos. 1 und 2 und XVI. Pos. 1 und 2 (Medicamente, Feuerversicherung) von der Verwaltung des Hospitals zu Allerheiligen pro 1874 um zusammen 867 Thlr. 6 Sgr. 3 Ps. — Die betreffende Commission empfiehlt die Bewilligung.

4) Antrag auf Verpachtung eines Theiles der Morgenauer Wiesen, Gräsern und Hüten, sowie Überweisung eines anderen Theiles an die Marstall-Verwaltung. — Die betreffende Commission empfiehlt mit kleinen Modifikationen die Zustimmung.

5) Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung.

6) Die Stadtverordneten hatten den Magistrat in Betreff einer Petition von Mitgliedern der Mauritius-Gemeinde wegen geschenkweiser Überlassung eines Platzes auf den Teichäckern zur Erbauung einer neuen katholischen Kirche um Auskunft gebeten, ob und in welcher Weise den Wünschen der Petenten entsprochen werden wird, und ferner hatten sie den Magistrat ersucht, die Verlängerung resp. Durchlegung der Lessingstraße näher zu treten und beide Angelegenheiten in der Weise zu verbinden, daß den Wünschen der Petenten sowohl, als auch den Interessen der Stadtgemeinde möglichst Rechnung getragen werden könnte. — Wir sind hierauf mit dem Pfarrer von St. Mauritius, Erzpriester Fischer, und mehreren aus der Zahl der Petenten in Unterhandlungen getreten, welche indes, wie Wohlbediebe aus unsererseits in beglaubigter Abschrift beigefügten Schreiben an den Erzpriester Fischer vom 16. Juli d. J. und dessen Antwort darauf vom 30. September d. J. gefällig erschien, leider nur zu einem solchen Resultate geführt haben, daß sich von weiteren commissarischen Verhandlungen ein praktischer Erfolg nicht erwarten läßt. — Wir haben deshalb dem Herrn Erzpriester Fischer heute mitgetheilt, daß die von ihm überlandten Bedingungen für die Stadt unannehmbar sind und wir uns vorbehalten müssen, die Einleitung des Zwangsenteignungs-Verfahrens zum Zweck des qu. Straßen-Durchgangs-Projects zu beantragen. — Hierauf läßt sich vorläufig unsererseits nichts mehr thun. Sollte die Angelegenheit indes von der anderen Seite wiederum Anregung erhalten, werden wir nicht versiehen, der geehrten Stadtverordneten-Versammlung weitere Mitteilungen zu machen.“

Seine gewichtigen Forderungen formulirt der Herr Pfarrer in nachfolgendem Schreiben:

Breslau, den 30. September 1874. In Sachen betreffend die Durchlegung der Lessingstraße durch das Pfarrgrundstück von St. Mauritius nach der Klosterstraße erlaube ich mir die vorbehaltene Erklärung ergebnest einzutragen, daß ich um die Genehmigung der königlichen Patronats- und der Fürstbischöflichen Behörde zur Ablösung der für die Straßen-Anlage erforderlichen Fläche — pro Quadratfuß drei Thaler excl. Vorterrain — bemüht werde, wenn

1. die Straße nur die hoffentlich genügende

da ich mich im Interesse meiner Nachfolger verpflichtet erachte, daß Nestgrundstück lediglich als Garten zu erhalten und auf Baupläne also nicht zu spezifizieren. — Mit größter Hochachtung eines hochlöblichen Magistrats ganz gez. F. J. F. der, Exprost.

Die vereinigten Kirchen- und Bau-Commissionen empfehlen: 1) sich mit dem Magistrat einverstanden zu erklären, 2) den Magistrat zu ersuchen, sobald als möglich die nothwendigen Schritte zu thun, um das Expropriations-Versfahren über die qu. Fläche einzuleiten zu können.

X. Landes, 1. März. [Musikalische Aufführung.] Am gestrigen Abende ward uns ein seltener musikalischer Genuss geboten; es wurden zu einem milden Zwecke, die vier Jahreszeiten von Haydn von Dilettanten sehr brav ausgeführt. Das Verdienst, mit unsäglicher Mühe ein so hervorragendes Tonstück einzustudiren, die Chöre der Schuljugend einzubilden und für die Solostimmen die geeigneten Kräfte zu gewinnen, trifft wiederum unsern unermüdlichen, fleißigen und tüchtigen Musikkennern, den Herrn Präfekt Urban. Es sei ihm hiermit öffentlich ein herzliches Dank dargebracht. Zu bedauern ist es, daß unsern Städten nicht im Besitze eines größeren für dergleichen Aufführungen mehr geeigneten Saales ist, es würden sonst dieselben nicht nur noch besser zu Gebör kommen, sondern auch dem guten Zwecke eine größere Summe zustießen können, denn nicht alle, die sich den musicalischen Genuss gewöhnen wollten, konnte der Saal fassen, obwohl auch das Seitenzimmer besetzt war.

Beuthen O.S., 1. März. [Bur Tagesschro.]. Die über die Kaiserstraße hinausführende Verlängerung der Gymnasialstraße, wo die neu erbauten Gebäude der Post, des jüdischen Krankenhaus und der Just'schen Belebung liegen, war vor einiger Zeit vom Kreisausschuß als öffentliche Straße erklärt worden. Gegen diese Erklärung hatte der Magistrat remonstriert, doch hat das Verwaltungsgericht des Kreises lediglich den Beschluss des Kreisausschusses bestätigt und die Remonstration des Magistrats abschlägig beschieden. Wie bald nun ein ordentlicher Zugang zur Post wird hergerichtet werden, bleibt allerdings noch abzuwarten. — Aus dem Verwaltungsbericht für den Kreis Beuthen im Jahre 1874 möchten wir noch herheben, daß der Kreistag in 8 Sitzungen 60 Vorlagen und der Kreisausschuß in 29 Sitzungen 640 Angelegenheiten bearbeitet hat. Das Eingangsjournal des Kreisausschusses weist überhaupt 2340 Nummern auf, von denen über 1000 sich auf die Gewerbepolizei, und über 800 auf Communalachen der Amts- und Guisbezirke bezogen. Die Cholera ist im Jahre 1874 in 15 Ortschaften des Kreises aufgetreten, und hat bei 1426 Erkrankungen 724 Todesfälle herbeigeführt. — Die Voruntersuchungen in Sachen Pistulla und Schidlo konnten wegen weiteren Ermittlungen noch nicht geschlossen werden. Inzwischen haben sich die Sicherheitsverhältnisse anscheinend so weit gebessert, daß die außerordentlichen Verstärkungen der polizeilichen Kräfte theilweise wieder haben zurückgezogen werden können.

8. Rosenberg O.S., 28. Februar. [Bur Tagesschro.]. Somit der Winter seit Anfang November unter Abwechselung von starkem Schneefall, Thawetter, großer Kälte (bis -20° R.), und durchdringenden Nord- und Ostwinden mit großer Hartnäckigkeit andauert, so behaupten auch hierorts die Mäser noch immer das Feld und haben besonders in den letzten beiden Wochen zahlreiche Opfer an kleinen Kindern gefordert. Nach den Büchern des hiesigen Standesamtes fanden vom 1. Januar c. bis zum 26. Februar in dieser Stadt 30 Sterbefälle, 19 Geburten und 4 Heiratsakte statt. — Was die Genehmigung der Königlichen Regierung zu Oppeln zur Verschmelzung der hiesigen einklassigen evangelischen mit der achtklassigen katholischen Stadtschule anlangt (cf. Nr. 97, erste Beilage d. Btg., Rosenberg O.S.), so können nur sehr schwach sehende Leute hierin irgend eine Gefahr erblicken, da dieser Umstand im Gegenteil offen zu Lage liegende und für die gesammte Stadtbevölkerung überaus wichtige Vorteile bietet. Zunächst erwart die hiesige Communal-Kasse, — die nach dem Verluste der Einnahmen durch die frühere Garnison, bei der großen Armut der Mehrzahl der hiesigen Bewohner und bei den erhöhten Ansprüchen, welche in der Zeit seit an den Communal-Sädel herantreten, nicht selten solchen Überfluss an Geldmangel hat, daß der Gemeinde-Einnnehmer in die größte Verlegenheit gerath, wenn am ersten die neun Lehrer, die Communalbeamten &c. nach Gelde kommen, — dadurch die Bevölzung einer Lehrkraft i. e. 750—1200 Mark jährlich, was nicht so unerheblich für unsere Communalverhältnisse ist. Für den in Folge früher abgelegter Probelection von hiesiger katholischer Stadtschule als Lehrer nach Breslau berufenen Lehrers Neumann braucht demnach keine neue Lehrkraft engagiert werden, ohne daß dadurch das Sechs klassen System hierorts gestört wird. Außerdem haben nun die Kinder der Evangelischen den nicht zu unterschätzenden Vortheil, anstatt wie bisher in einer einklassigen, nunmehr in einer sechs klassigen Schule, deren Oberklassen nach dem Plane der Mittelschule arbeiten (Rectoratsklasse, resp. Klasse Ia, mit facultativem Unterricht im Latein und Französisch), unterrichtet zu werden. Daß ein Lehrer in einer einklassigen Schule selbst bei außerordentlicher Begabung und bei dem angestrengtesten Fleise das Ziel nicht erreichen kann, welches einer sechs klassigen Schule gesteckt ist, liegt auf der Hand. Schon diese beiden Umstände allein müssen jedem ehemalig denkenden Familien-Oberhaupt die von den städtischen Behörden beantragte und von der königlichen Bezirksregierung zu Oppeln genehmigte Verschmelzung beider städtischer Schulanstalten zu einer Simultan-Anstalt nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar erwünscht erscheinen lassen. Die seit dem Jahre 1862 hierorts an der katholischen Stadtschule bestehende Rectoratsklasse, jetzt Klasse Ia, hat schon seit dieser Zeit simultanen Charakter, ohne daß jemals eine Veranlassung zu einer Klage wegen Professorenmache oder religiösen Haders unter den Schülern stattgefunden hat. Gerade durch diese Verschmelzung wird das stark Confessionelle allmählig vernünftiger und nothwendiger Toleranz weichen, was sicherlich kein Nachtheil wäre. — Nach dem Geschäftsberichte des hiesigen Vorstandesvereins (eingetragene Genossenschaft) vor 1874 betragen die Activa 32,509 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf., die Passiva 32,509 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. Die Dividende betrug in den Jahren 1868 und 69 10 p.Ct., 1870 und 71 8 1/2 p.Ct., 1872 7 1/2 p.Ct., 1873 7 p.Ct., 1874 6 p.Ct. In dem ersten Jahre beließen sich die Verwaltungskosten incl. Utensilien und Remunerationen auf 82 Thlr., im vergangenen Jahre auf 689 Thlr., was auf die stets gestiegerte Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit des Vereins schließen läßt.

9. Schwientochlowitz, 1. März. [Simultanschule. — Thierschule. — Concert. — Witterungsbericht.] Im angrenzenden Eintrachthütte werden, wie wir lezthin schon erwähnten, täglich 170 Kinder in der dortigen Kapelle unterrichtet. Nun ist der Bau eines Schulgebäudes und die Einrichtung einer Simultanschule fester Beschluß, nachdem die Stadt Beuthen, als Grundherrin, in der Kreistagsitzung vom 16. v. Mts., zur Zahlung von % aller Lasten, verpflichtet worden ist. — Auch in unserem Hüttenorte, wo täglich 661 Schüler von 7 Lehrern zum Theil in Mietshäusern unterrichtet werden, steht der Bau eines Schulgebäudes und ebenfalls die Einrichtung einer Simultanschule in naher Aussicht, indem zum 6. h. ein Termin zur endgültigen Entscheidung im königlichen Landratsamt anberaumt worden ist. — Der Thierschulverein für den südwestlichen Theil des Kreises hielt am 23. v. Mts. seine monatliche Vereinsversammlung ab, und wurden in derselben zwei Vorträge gehalten: „Die Thierschulvereine die Pioniere der Humanität“, und „Die Wuthyfrankheiten der Hunde, und die Wasserschau bei Menschen nach Dr. Ulrich's Anfichten“. — Bis jetzt sind 6 Fälle wegen Thierquälerei zur Anzeige gebracht worden, von denen 2 durch Ermahnung ihre Freiwilligkeit fanden. Nachdem Herr Registratur-Michler aus Lippe zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden war, nahm der Verein noch Kenntniß von der Tätigkeit des Oppeler Vereins, welcher seinen Jahresbericht hierher gesandt hatte. — Am vergangenen Sonnabend concerte die Beuthener Stadtkapelle im Jacob Schweizer'schen Hotel hier. Der rege Besuch und der allgemeine Beifall dienten für Herrn Missionsdirektor Reichmann ein Wint sein, öfter einmal hierher zu kommen. Nur möchten wir denselben dann bitten, zwischen den einzelnen Pießen etwas längere Pausen zu machen. — Im Laufe vorheriger Woche hatten wir zeitweise 20, 19, 18 und 17° Kälte; jetzt ist dieselbe bis auf 8° gesunken. — Frühlingsboten, wie Staare &c., sind hier wie anderwärts noch nicht eingezogen, desto mehr aber wantern die bekannten „Eichsfelder Blätter“ heimlich ein.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 1. 2.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331°,02	330°,83	330°,63
Luftwärme	- 2°,2	- 4°,1	- 6°,9
Dunstdruck	1°,29	1°,20	0°,97
Dunstättigung	79 p.Ct.	88 p.Ct.	93 p.Ct.
Wind	O. 2	SD. 1	SD. 1
Weiter	bewölkt.	böller.	heiter.

Breslau, 2. März. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 78 Em. U.-P. — M. 16 Em. Eisstand.

Berlin, 1. März. Der gestrige Privatverkehr war anfangs ziemlich fest, nahm dann aber eine mattre Haltung an. Creditactien 397,00 a 397,50, a 396,50, Lombarden 239,00 nom. Franzosen 530,50 a 529,00, Galizier 102,50 a 102,75 a 102,00, 1860er Loos 116,75 a 117,00 bez. u. Br. Italiener 70,10 Br. Türk. 42,50, Rumänier 34,80 Cassa, Bergisch-Märkische 77,50 etw. bez. u. Br. Köln-Minden 105,75 bis 104,75 bez. u. Br. Rheinische 115,25 a 113,75, Disconto-Commandit 154,75 a 154,00 bez. u. Br. Laurahütte 113,00 bis 111,50.

Der Verlauf der heutigen Börse zeigte eine ähnliche Entwicklung wie das gestrige Privatgeschäft. Anfänglich herrschte eine ziemlich feste Haltung, die selbe machte aber bald einer matten, zum Theil sogar recht flauen Stimmung Platz. Ein lebhafter Verkehr fand nur in den Speculationsseffekten statt, dieselben hatten aber nicht nur bei Beginn des Geschäfts eine mehr oder weniger empfindliche Course-reduction erfahren, sondern es vergrößerte sich dieselbe auch später noch fortgesetzt. Die internationalen Speculationswerthe verfielen in derweiten Börse. Alte in eine sehr gedrückte Haltung und ließ hierbei der Cours der Dösterri. ein Credit-Actien mit einem Sprunge um volle 3 Mark nach. Bei der Börse zogen Dösterri. Staatsbahn und Lombarden um eine Kleinigkeit an. Bestimmte Momente, die für die matte Tendenz eine Veranlassung hätten bieten können, lagen nicht vor, auch war das Angebot weder groß noch dringend, die Course-rückgänge sind eben nur darauf zurückzuführen, daß die Kauflust auf ein solch Minimum gesunken ist, daß Verkäufe überhaupt nur noch unter stets neuen Course-mäßigungen zu ermöglichen sind. In den Dösterreichen Nebenbahnen stagnierte das Geschäft fast vollständig und gab auch hier die Course nach. Die localen Speculationspapiere fanden nur geringe Beachtung. Disconto-Commandit 153,10 ult. 153 1/2 — 2 1/2 — 3, Dortmund Union 22,90, ult. 23 — 22 1/2, Laurahütte 110, ult. 111 — 109 1/2 — 110. Sehr gering war der Umsatz in den auswärtigen Staats-Actien, meist drückte ein vorwaltendes Angebot die Course. So waren Dösterri. Renten, Loospapiere und Italiener offerirt, Türk. weichend, Amerikaner und Russische Fonds fast absolut gleichstlos, Preußische und andere Deutsche Staatspapiere fest, aber vollständig ohne Leben. Dagegen zeigten inländische Eisenbahnprioritäten gute Regsamkeit und notiren theilweise höher; so waren Oberschlesische, Italiener, Potsdamer, Nahebahn und Bergische Prioritäten gut zu lassen. Auf dem Eisenbahnauctienmarkt war die Stimmung fast durchgängs matt; diejenigen schweren Bahnen, die überhaupt gehandelt wurden, gingen in den Courses abwärts und konnten erst zum Schlusse einige Festigkeit gewinnen. Rumänen nachgebend, Berliner Nordbahn, sowie Brest-Grajewo und Brest-Litau verhältnismäßig belebt. Banfactien blieben sehr still und waren ebenfalls nur wenig fest. Preußische Bodencreditbank und Deutsche Unionbank seit Centralbank für Genossenschaften belebt und anziehend, Badische Bank besser, ebenso Mecklenburger Bodencredit, Schlesische Bank schwach. Indumentapapiere meist außerhalb des Verkehrs, Pferdebahn niedriger, Omnibus und Viehhof behauptet, Münich bleibt und etwas höher, Baltischer Lloyd zu besserem Course rege, Nordb. Eisenbahnbetrag nachgebend, Bergwerke im Allgemeinen wenig fest, Louise und Centrum besser. — Um 2 1/2 Uhr: Credit 392,10, Franzosen 527, Lombarden 237, Disconto-Comm. 152,75, Dortmund Union 22 1/2, Laura 109 1/2. (Bank u. B.-B.)

[Berliner Nordbahn.] Der letzte Bericht der Petitionscommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt sich ausschließlich mit der Angelegenheit der Berliner Nordbahn. Von besonderem Interesse dürfte die bei Beratung der betreffenden Petitionen abgegebene Erklärung des Regierungskommissars Geh. Regierungs-Rath Raymund sein, welche dahin lautete: Nachdem der vorjährige Gesetzentwurf wegen Übernahme einer Zinsgarantie des Staates für eine Prioritätsanleihe abgelehnt worden, habe die Berliner Norddeutsche Bahngesellschaft vielfach Versuche gemacht, um solide Banchäuser zur Unterlegung eines Garantiecapitals befreit. Sicherstellung der Verbindung der für die Fertigstellung der Bahn zu emittirenden Anleihe zu beschaffen. Bei Prüfung der von der Gesellschaft vorgelegten, hierauf bezüglichen Projekte und Anträge sei für die Staatsregierung der Gesichtspunkt maßgebend, gewesen, daß durch die Ausführung derselben die zur betriebsfähigen Fertigstellung der Bahn erforderlichen Mittel wirklich in ausreichendem Umfange beschafft würden, und daß die Verbindung der zu emittirenden Prioritäts-Obligationen genügend gesichert sei. Alle Bemühungen der Gesellschaft seien indeß bei der bedeutsamen finanziellen Lage derselben erfolglos geblieben. Die Gesellschaft habe darauf in Aussicht genommen, die Fertigstellung der Bahnstrecke von Neubrandenburg bis Stralsund vorläufig auf einige Zeit aufzuhören, die Bahnfähigkeit zunächst auf die Fertigstellung der Strecke von Berlin bis Neubrandenburg zu konzentrieren und die hierzu erforderlichen Mittel zu beschaffen. Aber auch die hierauf gerichteten Projekte seien, wie die Gesellschaft vor Kurzem angezeigt habe, gescheitert. Da nun mehrere Mittel, durch Privatisierung die Weiterführung des Unternehmens zu führen, erschopft sei, von der Direction der Gesellschaft in Ausführung eines schon im vorigen Jahre gesetzten Beschlusses die staatliche Genehmigung zur Auflösung und Liquidation der Gesellschaft beantragt, außerdem wiederholt um Gewährung staatlicher Beihilfe gebeten, auch die künftige Übernahme der Bahn der Staatsregierung angeboten worden. Die Genehmigung zur Auflösung der Gesellschaft stehe in Aussicht, werde jedoch nur unter dem Vorbehalte ertheilt werden, daß die Bahnanlage im Ganzen und unter der Bedingung verkauft werde, daß der Antäuer sich verpflichte, die Bahn zu vollenden und zu betreiben und dazu die Concession erhalte. Das weitere Gesuch um Gewährung staatlicher Beihilfe, insbesondere Aufbau der Bahn unterliege gegenwärtig noch der Prüfung, eine Entscheidung darüber sei noch nicht gesetzt, und es könne im Augenblick über die Stellung der Staatsregierung eine Erklärung nicht abgegeben werden. — Die Commission beantragte, daß Abgeordnetenhaus wolle beschließen: „In Erwägung, daß der königlichen Staatsregierung die Anträge der Nordbahngesellschaft gegenwärtig zur Entscheidung vorliegen, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.“

Berlin, 1. März. [Berliner Viehmarkt.] Es standen zum Verkauf: 2340 Rinder, 6844 Schweine, 1384 Kalber, 5818 Hammel. Von Kindern waren heute über 400 Stück weniger am Platze als vor 8 Tagen, doch wirkte dieser Umstand nur infolge günstig, als der Markt etwas mehr geräumt wurde als damals; die Preise konnten keine Steigerung erfahren, der Bedarf immer noch reichlich gedeckt war. I. Ware erzielte 52 — 54, II. 43 bis 47, III. 36 — 39 Mark per 100 Pfund Schlachtwicht.

Der Auftrieb an Schweinen war um fast 1300 Stück geringer als am vorherigen Montag und erzielte beste Ware 57 Mark, Durchschnittswaare 52 — 54 Mark pr. 100 Pf. Schlachtwicht.

Die Anzahl der heute zugetriebenen Kalber war wieder zu stark und mußte sich die Ware mit geringen Mittelpreisen begnügen.

Die Preise für Hammel waren der Vorwoche gegenüber ein wenig verbessert; gute Ware, die nicht sehr stark vertreten war, wurde mit 21 — 24, mittlere 17 — 19 Mark pr. 45 Pf. bezahlt.

Bien, 1. März. [Die Einnahmen der Carl-Ludwigsbahn] betrugen in der Woche vom 19. bis zum 25. Februar 170,592 fl., gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs Mindererinnahme 84,757 fl.

Buenos-Aires, 8. Februar. [Wollmarkt.] Steigend. Vorwärts 145,000 Arroben. Notierung für Suprawollen 100 Dollar, dito für Bonne mowenne 85 Dollar. Befürder der letzten 14 Tage 370,000 Arroben. Verschiffung nach Bremen seit letzter Post 100, dito. im Allgemeinen seit letzter Post 17,100 Ballen. Totalverschiffung seit Beginn der Saison 67,000 Ballen. Fracht für Wolle (pr. Segler) 22 1/2 Sh. Preis für Salzhäute 58 Sh. Schlachtwichtungen der letzten 14 Tage —. Verschiffung von Salzhäuten nach dem Canal, nach England direct, und dem Continent seit letzter Post 34,000 Stück. Fracht für Salzhäute (pr. Segler) nominell. Notierung für Tafal (Orientalg in Pipen) 14%, dito für trockene Häute 60 Realen. Cours auf London 50% d.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr. Bureau.)

Bern, 1. März. Die vom hiesigen Großen Rath für das Berner Eisenbahnen beschlossene Staatssubvention von 16 Millionen ist bei der gestrigen Volksabstimmung mit 36,000 gegen 22,000 Stimmen genehmigt worden.

Versailles, 1. März. Abends. Die Nationalversammlung wählte wieder zu Quästuren Baye, Loupet und Martin Pallières und vertratge darauf die Beratung des Cadresgesetzes, da der Commissionsbericht noch nicht vollendet ist. Sämtliche Vicepräsidenten wurden wiedergewählt, ausgenommen Benoist d'Azay (Rechte), an dessen Stelle Ricard (Linke) gewählt wurde. Buffet trifft morgen ein; es ist ungemein, ob er die Neubildung des Cabinets oder die Präsidentschaft der Nationalversammlung übernehmen wird.

Rom, 1. März. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf, wo-

durch die Veräußerung einiger Kriegsschiffe genehmigt wird, in Betracht des Regierungsantrages an.

Berliner Börse vom 1. März 1875.

Wechsel-Course.				Eisenbahn-Stamm-Actionen.			
Amsterdam 100Fl.	8 T. 31/2	175,65 G	Divid. pro 1873	1874	Zf.	4	28,50 bzG
do.	do. 2 M. 31/2	174,70 G	Aachen-Mästricht	1 1/2	4	77 G	
Augsburg 100 Fl.	2 M. 4	170 G	Berg.-Märkische	3	5	115,75 bz	
Frankf.o.M. 100Fl.	2 M. 4	—	Berlin-Anhalt	.16	5	51,10 bzG	
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 41/2	—	Berlin-Dresden	.5	5	67 bz	
London 1 Lst.	3 M. 3 1/2	20,37 bz	Berlin-Görlitz	3	5		

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 1. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 205, 50. Pariser do. 81, 60. Wiener do. 182, 80. Böhmis. Westb. 162. Elisabethbahn 153%. Galizier 200%. Franzosen* 263%. Lombarden* 117%. Nordwestbahn 135%. Silberrente 69%. Papierrente 65. Russ. Bodencredit 92%. Russen 1872. Amerikaner 1882 99%. 1860er Loope 116%. 1864er Loope 196%. Bantactien 874. Darmst. Bank 140%. Brüsseler Bank 103%. Berliner Bankverein 81%. Frankfurter Bankverein 81. do. Wedelsbank 87%. Deut.-deutsche Bank 85%. Wiener Bank 89. Habsb. Eisenbahn 112%. Prov.-Disc.-Gesellschaft 80%. Continental 85%. Hess. Ludwigsbahn 114%. Oberbessen 73%. Raab.-Grazer 84%. Ungar. Staatsloote 173, 20. do. Schatzanweisungen alte 93%. do. Schatzanw. neue 91%. Oregon Eisen. — Rockford do. 12%.

* per medio resp. per ultimo.

Central-Pacific 83%.

Infolge der Rückgänge der Eisenbahnaktion auch Speculationswerte matt. Deutser. Bahnen besonders weichend.

Nach Schluß der Börse: Credactien 196%, Franzosen 263%, Lombarden 117%.

Hamburg, 1. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburg Staats-Prämiens-Anleihe 112. Silberrente 69%. Österreich. Credit-Aktion 196. 1860er Loope 117. Nordwestbahn. Franzosen 656. Lombarden 294%. Italienische Rente 70. Vereinsbank 123%. Laurahütte 109%. Commerzbank 82%, dts. II. Em. — Nord. Bank 143%. Provinzial-Disconto-Bank. Anglo-deutsche Bank 45. do. neue 66%. Dänische Landmannsbank. — Dortmund Union. Wiener Union-Bank. 64er Russ. Prämiens-Anleihe. 66er Russ. Prämiens-Anleihe. Amerikaner do. 1882 93%. Köln-Mindener Stamm-Aktion 104%. Rheinische Eisenbahn-Stamm-Aktion 113%. Bergisch.-Märk. St.-Act. 77. Disconto 2% p.c.t. —

Hamburg, 1. März, [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine besser. Roggen loco unverändert, auf Termine seiter. Weizen 126 Pf. per März 1000 Kilo netto 183 Br., 182 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 183 Br., 182 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 184 Br., 183 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 185 Br., 184 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 186 Br., 185 Gd. Roggen per März 1000 Kilo netto 148 Br., 146 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 145 Br., 144 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 144 Br., 143 Gd., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 143 Br., 142 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 142 Br., 141 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rübsel fest, loco und Mai 57, per Oktober per 200 Pf. 59. Spiritus matt, per März 44%, per April-Mai und per Mai-Juni 45, per Juni-Juli per 100 Liter 100 p.c.t. 45%. Kaffee unverändert, Umtas 1500 Sac. Petroleum ruhig, Standard white loco 12, 80 Br., 12, 60 Gd., per März 12, 40 Gd., per April-Mai 12, 40 Gd., per August-December 13, 00 Gd. — Wetter: Bedeckt.

Liverpool, 1. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Ansangsbericht.) Wirtschaftlicher Umsatz 20,000 Ballen. Besser. Tagesimport 5000 Ballen egyptische.

Liverpool, 1. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 20,000 Ballen, davon für Speculation und Export 6000 Ballen. Großer Umsatz zu vollen Preisen. Für amerikanische Verschiffungen Preis behauptet.

Middl. Orleans 8%, middling amerikanische 7%, fair Dhollera 5%, middling fair Dhollera 4%, good middling Dhollera 4%, middl. Dhollera 4%, fair Bengal 4%, fair Broach 5%, new fair Domra 5%, good fair Domra 5%, fair Madras 5%, fair Pernam 8%, fair Smyrna 6%, fair Pernam 8%.

Antwerpen, 1. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen behauptet. Hafer stetig. Gerste fest.

Antwerpen, 1. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinerie, Dove weiß, loco 30% bez., 21 Br., per März 30% Br., per April 31 bez. u. Br., per September 34% bez. u. Br., pr. September-December 35 Br. Steigend.

Bremen, 1. März. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 12 Mt. 50 Pf. à 12 Mt. 60 Pf. bez. Sehr fest.

Berlin, 1. März. [Produktenbericht.] Roggen wurde zu festen Courien ziemlich reichlich umgesetzt und schließt merlich besser als Sonnabend. Loco stärker zugeführt, ließ sich schlun verlaufen. — Roggenmehl fest. — Weizen verlebte in recht fester Haltung und wurde entschieden besser bezahlt. — Hafer loco genos etwas besser beachtung; Termine fest und höher. — Rübsel besser bezahlt. — Spiritus fest aber in beschränktem Verkehr.

Weizen loco 162—198 Röhm. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. März — Röhm. bez., pr. April-Mai 177½—178 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 179—180—179½ Röhm. bez., pr. Juni-Juli 182—182½ Röhm. bez., per Juli-August 183—183½ Röhm. bez., pr. November-December — Röhm. bez. — Gelündigt — Cimr. Kündigungspreis — Röhm. — Roggen pro 1000 Kilo loco 141—160 Röhm. nach Qualität gefordert, russischer 142—149 Röhm. bez., ordinärer russischer — Röhm. bez., inländischer 153—159 Röhm. ab Bahn bez., geringer inländischer — Röhm. bez., defector russischer — Röhm. bez., pr. Februar — Röhm. bez., pr. Februar-März 146—147 Röhm. bez., pr. März-April 146—147 Röhm. bez., pr. Frühjahr 144½—145% Röhm. bez., pr. Mai-Juni 141½—142 Röhm. bez., pr. Juni-Juli 141—141½ Röhm. bez., pr. November-December — Röhm. bez. — Gelündigt — Cimr. Kündigungspreis — Röhm. — Gerste loco 141—187 Röhm. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 158—186 Röhm. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 162—170 Röhm. bez., westpreußischer 162—170 Röhm. bez., russischer 162—170 Röhm. bez., schlesischer — Röhm. bez., ungarischer und galizischer 156—167 Röhm. bez., pommerscher 175—180 Röhm. ab Bahn bez., medlenburger 175—180 Röhm. ab Bahn bez., pr. März — Röhm. bez., pr. Frühjahr 168—168½ Röhm. bez., Röhm. bez., pr. Mai-Juni 162—163—162½ Röhm. bez., pr. Juni-Juli 161½ Röhm. bez., pr. Juli-August — Röhm. bez. — Gelündigt — Cimr. Kündigungspreis — Röhm. — Erben: Kochhaar 185—234 Röhm. bez., Butterwaare 175—183 Röhm. bez., — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilogr. Br. incl. Sac. 25,75—24,75 Röhm. — Nr. 0 und 1 24,50—23 Röhm. — Roggenmehl Nr. 0: 23,22 Röhm. — Nr. 0 und 1 21—20 Röhm. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. März 20,85—90 Röhm. bez., pr. April-Mai 20,85—90 Röhm. bez., pr. Juni-Juli 20,85—90 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 20,85—90 Röhm. bez., pr. Juli-August 20,85—90 Röhm. bez. — Gelündigt — Cimr. Kündigungspreis — Röhm. bez., — Delfsäaten: Raps — Röhm. Rübser — Röhm. nach Qualität — Rübser per 100 Kilo netto loco 54,50 Röhm. bez., mit Jäh — Röhm. bez., pr. März 55,2 Röhm. bez., pr. März-April 55,2 Röhm. bez., pr. April-Mai 55,5—57 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 56,5—6—5 Röhm. bez., pr. Juni-Juli — Röhm. bez., pr. September-October 58,5—9 Röhm. bez., — Gelündigt — Cimr. Kündigungspreis — Röhm. — Leinöl loco 62 Röhm. bez. — Petroleum per 100 Kilo incl. Jäh loco 29 Röhm. bez., pr. März 27—28 Röhm. bez., pr. März-April — Röhm. bez., pr. April-Mai — Röhm. bez., pr. Mai-Juni — Röhm. bez., pr. September-October 27 Röhm. bez. — Gelündigt — Barrels. Kündigungspreis — Röhm.

Spiritus pr. 10,000 Liter loco „ohne Jäh“ 57—57,2 Röhm. bez., „mit Jäh“ pr. März 58,4 Röhm. bez., pr. März-April 58,4 Röhm. bez., pr. April-Mai 58,8—59—58,9 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 58,8—58,9 Röhm. bez., pr. Juni-Juli 59,6—59,7 Röhm. bez., pr. Juli-August 60,3—60,7 Röhm. bez., pr. August-September 61—61,2—61,1 Röhm. bez., pr. September-October — Röhm. bez. — Gelündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 58,40 Röhm.

Breslau, 2. März, 9% Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markt war wenig verändert, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, in etwas besserer Stimmung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 15 bis 17,20—19,40 Mark, gelber 14,70—16,20—17,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur seine Qualitäten verläufig, pr. 100 Kilogr. 13,50—14,60 bis 15,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste wenig verändert, per 100 Kilogr. 13,30—14,70 Mark, weiße 15 bis 16,10 Mark.

Hafer war schwach beachtet, per 100 Kilogr. 14,70—15,30 bis 17,10 Mark, feinste über Notiz.

Mais behauptet, per 100 Kilogr. 14—14,50 Mark.

Erben wenig verändert, per 100 Kilogr. 18—19—21 Mark.

Bohnen mehr offert, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mark.

Lupinen angeboten, pr. 100 Kilogr. gelbe 14—15,25 Mark, blau 13,50—15 Mark.

Widen mehr offert, per 100 Kilogr. 17—18—20 Mark.

Delfsäaten in ruhiger Haltung.

Schlaglein mehr offert.

	Per 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.			
Schlag-Leinsaat	26	25	24	22
Winterrapss.	25	30	24	20
Winterrüben	24	70	23	80
Sommerrüben	24	75	23	50
Leinöster	23	75	22	25

Raps auch verläufig, pr. 50 Kilogr. 8—8,20 Mark.

Leinkuchen offert, pr. 50 Kilogr. 10—10,50 Mark.

Kleesamen, in ruhiger Haltung, rother matter, pr. 50 Kilogr. 46—50

bis 55,20 Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 56—60—71 Mark,

hochfeiner über Notiz.

Chymothée mehr offert, pr. 50 Kilogr. 28—31,50—35 Mark.

Wehl war schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26 bis

26,50 Mark, Roggen fein 24,75—25,75 Mark, Hausbäden 23,25—23,75 Mark, Roggen-Buttermilch 12,25—12,75 Mark, Weizenfleie 9,25—9,50 Mark

Rockford do. 12%.

* per medio resp. per ultimo.

Central-Pacific 83%.

Infolge der Rückgänge der Eisenbahnaktion auch Speculationswerte matt. Deutser. Bahnen besonders weichend.

Nach Schluß der Börse: Credactien 196%, Franzosen 263%, Lombarden 117%.

Hamburg, 1. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburg Staats-Prämiens-Anleihe 112. Silberrente 69%. Österreich. Credit-Aktion 196. 1860er Loope 117. Nordwestbahn. Franzosen 656. Lombarden 294%. Italienische Rente 70. Vereinsbank 123%. Laurahütte 109%. Commerzbank 82%, dts. II. Em. — Nord. Bank 143%. Provinzial-Disconto-Bank. Anglo-deutsche Bank 45. do. neue 66%. Dänische Landmannsbank. — Dortmund Union. Wiener Union-Bank. 64er Russ. Prämiens-Anleihe. 66er Russ. Prämiens-Anleihe. Amerikaner do. 1882 93%. Köln-Mindener Stamm-Aktion 104%. Rheinische Eisenbahn-Stamm-Aktion 113%. Bergisch.-Märk. St.-Act. 77. Disconto 2% p.c.t. —

Hamburg, 1. März, [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine seiter. Weizen 126 Pf. per März 1000 Kilo netto 183 Br., 182 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 183 Br., 182 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 184 Br., 183 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 185 Br., 184 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 186 Br., 185 Gd. Roggen per März 1000 Kilo netto 148 Br., 146 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 145 Br., 144 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 144 Br., 143 Gd., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 143 Br., 142 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 142 Br., 141 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rübsel fest, loco und Mai 57, per Oktober per 200 Pf. 59. Spiritus matt, per März 44%, per April-Mai und per Mai-Juni 45, per Juni-Juli per 100 Liter 100 p.c.t. 45%. Kaffee unverändert, Umtas 1500 Sac. Petroleum ruhig, Standard white loco 12, 80 Br., 12, 60 Gd., per März 12, 40 Gd., per April-Mai 12, 40 Gd., per August-December 13, 00 Gd. — Wetter: Bedeckt.

Liverpool, 1. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Wirtschaftlicher Umsatz 20,000 Ballen. Besser. Tagesimport 5000 Ballen egyptische.

Liverpool, 1. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Wirtschaftlicher Umsatz 20,000 Ballen, davon für Speculation und Export 6000 Ballen. Großer Umsatz zu vollen Preisen. Für amerikanische Verschiffungen Preis behauptet.

Middl. Orleans 8%, middling amerikanische 7%, fair Dhollera 5%, middling fair Dhollera 4%, good middling Dhollera 4%, middl. Dhollera 4%, fair Bengal 4%, fair Broach 5%, new fair Domra 5%, good fair Domra 5%, fair Madras 5%, fair Pernam 8%, fair Smyrna 6%, fair Pernam 8%.

Antwerpen, 1. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen behauptet. Hafer stetig. Gerste fest.

Antwerpen, 1. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinerie, Dove weiß, loco 30% bez., 21 Br., per März 30% Br., per April 31 bez. u. Br., per September 34% bez. u. Br., pr. September-December 35 Br. Steigend.

Bremen, 1. März. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 12 Mt. 50 Pf. à 12 Mt. 60 Pf. bez. Sehr fest.

Berlin, 1. März. [Produktenbericht.] Roggen wurde zu festen Courien ziemlich reichlich umgesetzt und schließt merlich besser als Sonnabend. Loco stärker zugeführt, ließ sich schlun verlaufen. — Roggenmehl fest. — Weizen verlebte in recht fester Haltung und wurde entschieden besser bezahlt. — Hafer loco genos etwas besser beachtung; Termine fest und höher. — Rübsel besser bezahlt. — Spiritus fest aber in beschränktem Verkehr.

Weizen loco 162—198 Röhm. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. März — Röhm. bez., pr. April-Mai 177½—178 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 179—180—179½ Röhm. bez., pr. Juni-Juli 182—182½ Röhm. bez., per Juli-August 183—183½ Röhm. bez., pr. November-December — Röhm. bez. — Gelündigt — Cimr. Kündigungspreis — Röhm. — Roggen pro 1000 Kilo loco 141—160 Röhm. nach